

Frankfurt, 12.10.2012

Pressemitteilung zum RMI-Symposium

Nachtflugverbot von 22 – 6 Uhr medizinisch geboten

Konsens auf der Veranstaltung Fluglärm 2012-2020

Frankfurt – Schulterschluss zwischen Ärzteschaft und Umweltbundesamt beim Thema Fluglärm. Das ist das Ergebnis des heutigen Symposiums „Fluglärm 2012 – 2020“, veranstaltet vom Rhein-Main-Institut (RMI).

Aus medizinischer Sicht ist ein Nachtflugverbot in der Zeit von 22 – 6 Uhr geboten. Dies ergebe sich bereits aus den vorliegenden Studien, so übereinstimmend die Referenten der Fachtagung. In dieser Forderung stimmen das Umweltbundesamt, so *Thomas Myck*, und die Landesorganisationen der Ärzteschaft überein, wie *Dr. med. Jürgen Hoffart*, Geschäftsführer der Ärztekammer Rheinland-Pfalz, auf der Grundlage eines Beschlusses des Bundesärztekongresses erläuterte.

Der Flörsheimer Bürgermeister *Michael Antenbrink*, sagte: „Die bestehenden gesetzlichen Vorschriften bieten einen absolut unzureichenden Schutz vor gesundheitsschädlichem Lärm.“ Er rief dazu auf, die gesetzlichen Grundlagen an die medizinischen Erkenntnisse anzupassen. Weiter forderte er eine Kompensation für stark lärmbelastete Kommunen nach dem Vorbild des Länderfinanzausgleichs.

Prof. Dr. Martin Röösli, Universität Basel, berichtete, dass aus den vorliegenden Studien ein deutlicher Zusammenhang zwischen Fluglärm und Herz-Kreislauf-erkrankungen (Herzinfarkt) abzuleiten ist. Zu diesem Ergebnis gelangt auch das Umweltbundesamt. Beide verwiesen zugleich auf bestehenden Forschungsbedarf.

Dr. Christian Maschke vom Landesumweltamt Brandenburg, wies auf die hohen Anforderungen hin, die das Bundesverwaltungsgericht formuliert, bevor es die Ergebnisse der Lärmwirkungsforschung zur Kenntnis nimmt: Es verlangt einen „Grundkonsens“ unter allen Wissenschaftlern. Er forderte die Einrichtung einer anerkannten Fachinstitution, die die vorliegenden Studien anhand von Qualitätskriterien bewertet und die Ergebnisse zusammenführt. *Jürgen Hoffart*, Ärztekammer Rheinland-Pfalz, unterstützte diese Initiative.

Die Teilnehmer befürworteten als ersten praktischen Schritt eine „Konsensus-Konferenz“, veranstaltet vom Umweltbundesamt, um Übereinstimmungen und Unterschiede in der Beurteilung von Gesundheitsschäden durch Fluglärm herauszuarbeiten.

Prof. Dr. med. Martin Kaltenbach, RMI, und *Prof. Dr. med. Hans-Jürgen Rupprecht*, Klinikum der Stadt Rüsselsheim, stellten die vom Rhein-Main-Institut konzipierte neue medizinische Untersuchung *RAN (Recurrence and Noise)* zum Verlauf von Herzerkrankungen unter Lärmeinwirkung vor. Unter Beteiligung von Kliniken der Rhein-Main-Region soll die Studie klären, ob die Rückfallhäufigkeit nach überstandener Herzinfarkt eine Beziehung zur individuellen Lärmbelastung aufweist. Erste Ergebnisse sollen 2014 vorliegen.

Dr. Wolfgang Eberle, vom Umwelt-Ministerium in Mainz, rechnet damit, dass im Lauf des nächsten Jahres die Berücksichtigung des Lärmschutzes bei der Festlegung der Flugrouten gesetzlich festgeschrieben ist. Er sieht in der EU-Richtlinie zum Umgebungslärm eine Keimzelle für ein übergreifendes Verkehrslärmschutzgesetz.

Dr. Rainer Rahn, Bundesvereinigung gegen Fluglärm, forderte, strengere Grenzwerte festzulegen. Bei den Maßnahmen müsse die Lärmvermeidung im Vordergrund stehen. Bauliche Maßnahmen (verschleiernd „passiver Schallschutz“ genannt) seien keine Lösung.

In seinem Schlusswort betonte *Prof. Dr. Martin Führ (RMI)*, die Tagung habe dazu beigetragen, den bereits vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnissen Gehör zu verschaffen. In der Wissenschaft besteht weitgehende Übereinstimmung: Lärm ist verantwortlich für eine Zunahme von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, einschließlich Bluthochdruck, Herzinfarkten und Schlaganfällen. „Bemerkenswert ist die Übereinstimmung zwischen dem Umweltbundesamt und dem deutschen Ärztetag.“ Dem sei im politischen und juristischen Raum Rechnung zu tragen.

Vorstand des RMI:

Oleg Cernavin, Wiesbaden

Prof. Dr. jur. Martin Führ, Darmstadt

Prof. Dr. med. Martin Kaltenbach, Dreieich

Georg Schummers, Dieburg

Prof. Dr. Friedrich Thießen, Chemnitz/Dreieich

Das Rhein-Main-Institut Darmstadt (RMI) ist ein unabhängiges Forschungsinstitut, das von Mitgliedern und Kommunen im Rhein-Main-Gebiet unterstützt wird. Das RMI untersucht Fragen der Regionalentwicklung und hat Projekte in Frankfurt, Düsseldorf, Köln, Berlin, Kassel und München durchgeführt.